

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.17 Uhr
Ende: 13.20 Uhr

1) Zukunft der Reininghausgründe

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Mag. **Fabisch**: Es geht sehr rasch. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat! Wann ist mit der Übernahme der Reininghausgründe beziehungsweise der Gesellschaft Asset One durch die Stadt Graz zu rechnen (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Kurze Frage, ich könnte auch eine kurze Antwort geben, weiß ich zum derzeitigen Zeitpunkt nicht. Um das ernst zu nehmen, da sind in Ihrer kurzen knackigen Frage Voraussetzungen angesprochen und als sicher gegeben, die einfach nicht da sind. Ganz ein kurzer Zwischenbericht vielleicht, es ist ja, denke ich, von allen verfolgt worden. Die Reininghausgründe haben für die Stadtentwicklung in Graz sicherlich strategische Bedeutung, es bestünde dort die Möglichkeit, eine Fläche, die ungefähr so groß ist wie die Innenstadt, zu erwerben oder jedenfalls einen sehr, sehr starken Einfluss auf die Entwicklung dieser Fläche auszuüben, was für die Stadt strategisch, glaube ich, deshalb wichtig wäre, weil wir dort sehr viele unserer Projekte, unserer langfristigen Projekte, realisieren könnten, vom sozialen Wohnungsbau bis über Betriebe, die auch im Zusammenhang mit der Bewerbung der Stadt als City of Design eine Rolle spielen. Es gibt die Möglichkeiten dort im Wohnung besonders energiesparende Akzente zu setzen und, und, und. Also wir hätten dort jedenfalls auch die Gelegenheit, für die weitere Stadtentwicklung auch im Zusammenhang mit unserem Bevölkerungszuwachs, der sehr stark ist, ein Gebiet bereitstellen zu können, das meines Wissens historisch gesehen wahrscheinlich erstmalig für die Stadt eine geordnete, gesamte Entwicklung ermöglicht. Ob wir uns das leisten können, kann ich derzeit nicht sagen, ich kann auch nicht sagen, ob die

einzigste Variante darin besteht, die Firma Asset One zu kaufen und selbst dann, wenn es diese Variante geben sollte, ist ja immer noch die Frage, kaufen wir allein, gibt es andere Interessenten. Vom Zeitplan her sollen eben diese Fragen, die ich Ihnen genannt habe, derzeit intensiv bearbeitet werden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und dann auf jeden Fall, so ist das zeitliche Ziel, bis vor Weihnachten zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen, das wir selbstverständlich dem Gemeinderat vorlegen werden und intensiv diskutieren werden. Ich darf Ihnen vielleicht einfach aus meiner Einschätzung durchaus sagen, dass das Verlockende dabei und die Grundidee, denke ich, ziemlich unbestritten ist. Es ist eine historische Chance, die für die Stadt die nächsten 20 bis 25 Jahre entscheidend ist. Und wenn ich das vielleicht auch durchaus als Finanzstadtrat sagen darf, der natürlich auf das Budget schaut, so ist mir auf der anderen Seite aber auch klar, dass wir uns durch finanzwirtschaftliche offene Fragen und auch durch die Wirtschaftskrise, die vielleicht zwei oder drei Jahre dauert, uns, glaube ich, den Blick für solche langfristigen Entwicklungen nicht verstellen lassen dürfen, denn klar ist, dass diese Entscheidung über Reininghaus ja oder nein und wie weit die Stadt einen Einfluss haben kann über die derzeitige Krisensituation, weit hinausreichen wird und damit eben auch weiter darüber hinaus die Stadt beeinflussen wird und deshalb glaube ich, ist auch eine besondere Verantwortung gegeben (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch**: Gibt es neue Perspektiven im Zusammenhang mit der Hummelkaserne?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nein, gibt es nach meinen Informationen nicht. Ich fürchte, die Sivbeg ist wieder einmal dabei, den von ihr selbst aufgestellten Terminplan nicht einzuhalten und es wurde uns gesagt, bis Ende September gibt es eine Mitteilung der Sivbeg ob unser öffentliches Interesse anerkannt wird oder nicht, diese Mitteilung ist nicht erfolgt und nach Rücksprache ist auch keine wirkliche Antwort gekommen. Es besteht jedenfalls, glaube ich, nicht die Gefahr, dass da irgendjemand anderer unsere Interessen oder auch die Möglichkeit für die Stadt torpedieren könnte, indem

jemand anderem der Vorzug gegeben wird, diese Möglichkeit besteht oder Gefahr besteht, nach meinen Informationen überhaupt nicht, sondern die trödeln halt weiter herum, um es einmal so zu sagen und machen nicht weiter. Offensichtlich ist eben der Verkaufsdruck für die Sifepack und damit für das Verteidigungsministerium nicht so groß, wie wir immer gedacht haben. Es gibt keine weiteren konkreten Hinweise.

2) Kulturhauptstadt 2003 Nachnutzung

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich habe am 25. 6. 2009 an Sie eine Frage gerichtet, leider habe ich bis heute keine Antwort erhalten, deswegen noch einmal die gleiche

F r a g e :

Welche Tätigkeiten sind aus Ihrem Ressort geplant, um für die Kulturhauptstadt Graz 2003 eine verbesserte Nachnutzung zu gewährleisten? Nur einen Satz, ich glaube, ich finde es nicht sehr nett von Ihnen, dass Sie binnen vier Monaten nicht die Zeit gehabt haben, mir zumindest ein kleines Schreiben zu übermitteln. Bitte um Ihre Antwort (*Applaus FPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Tatsächlich nicht sehr nett, es hätte eigentlich gleich passieren sollen, weil die Antwort vorbereitet war, ein Fehler, der in meinem Umfeld passiert ist, tut mir leid. Ich beantworte diese Frage nämlich sehr, sehr gerne, allerdings möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass nach der Geschäftsordnung drei Gemeinderatssitzungen Zeit gewesen wäre, also noch bis zur nächsten Gemeinderatssitzung die Möglichkeit bestanden hätte, diese Frage zu beantworten, also, es hat zwar keinen formalen Verstoß gegeben, aber Sie haben Recht, so eine Antwort soll und kann natürlich auch sehr viel schneller gegeben

werden. Daher danke, dass ich die Gelegenheit habe, jetzt noch einmal auch sehr kurz zu antworten. Sie haben ja jetzt in der Frage einen wesentlichen Teil weggelassen, nämlich den Vergleich der Schokoladenfabrik Zotter mit dem Kunsthaus, auf den ich besonders gerne geantwortet hätte, insbesondere als ausgewiesener Schokoladenfan. Kurz zusammengefasst möchte ich Ihnen sagen, das Thema Nachhaltigkeit hat uns im Zusammenhang mit dem Kulturhauptstadtjahr über viele, viele Jahre begleitet. Nachnutzung ist nicht ganz das Gleiche, aber ich sehe es doch in einem Zusammenhang. Ich persönlich vertrete die Auffassung, dass vor allem der Kommunikationserfolg des Kulturhauptstadtjahres 2003 dazu geführt hat, dass das Verständnis für Kultur und für Kunst in der Stadt sich wesentlich, und zwar sehr positiv, verändert hat, in dem Sinn es heute auch an Besucherzahlen nachvollziehbar ein deutlich höheres Interesse an Kunstschaffen innerhalb der Stadt Graz gibt. Diese Entwicklung hängt zweifellos mit dem sehr erfolgreichen Kulturhauptstadtjahr 2003 zusammen. Die Nachnutzung, die sich vor allem auf Einrichtungen, die im Kulturhauptstadtjahr angeschafft wurden, ist natürlich beschränkt auf die Investitionen, auf die Kulturgüter, Kunstwerke, die nicht zeitlich beschränkt gedacht waren. Sie wissen natürlich, dass es die Acconci-Insel nach wie vor gibt, sie ist mittlerweile zu einem weiteren Wahrzeichen der Stadt Graz geworden, die Acconci-Insel in ihrer Verwaltung ist leider nicht in meinem Zuständigkeitsbereich, trotzdem denke ich, dass sie ein Symbol geblieben ist für die Weiterentwicklung, auch für den Zugang der Stadt Graz, die sich ja auch als City of Design beworben hat, das ist auch ein eindeutiges Designmerkmal. Andere Einrichtungen haben mit dem Kulturhauptstadtjahr nur indirekt zu tun, zum Beispiel eben das von Ihnen in der ersten Anfrage angesprochene Kunsthaus, das sich aus meiner Sicht jedenfalls sehr, sehr positiv entwickelt hat, das lässt sich nicht nur an Besucherzahlen festmachen, sondern auch an Kooperationen wie zum Beispiel den Kooperationen, die Intendant Pakesch in den letzten Monaten auf die Beine gestellt hat unter anderem mit dem London Museum of National History und anderen Zusammenarbeitsprojekten mit Spitzenausstellungshäusern in Wien, Amsterdam, Luxemburg, Hamburg, Hannover und Köln. Das alles bedeutet, dass die Landeshauptstadt in einem dichten Netzwerk internationaler anerkannter Museumstätigkeit ihren Platz gefunden hat und auch das mag man schlussendlich im Zusammenhang mit dem Kulturhauptstadtjahr 2003 sehen können.

GR. Mag. **Korschelt**: Herr Stadtrat, danke, mir ist es ein bisschen zu allgemein Ihre Anfragebeantwortung gewesen. Ich hätte gerne gehabt, dass Sie wirklich konkret sagen können, was geschieht jetzt in Ihrem Ressort in einer Punktation auch im Hinblick auf das Kulturhauptstadtjahr Linz, welche Abwehrstrategien habe Sie entworfen? Das war, was Sie gesagt haben, meines Erachtens sehr allgemein.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich denke in anderen Kategorien, insbesondere nicht in Abwehrstrategien gegenüber Linz, ich freue mich, dass Linz ein erfolgreiches Kulturhauptstadtjahr zustande gebracht hat, das nützt auch uns. Jetzt gibt es zwei erfolgreiche Kulturhauptstädte in Österreich. Im Zusammenhang mit Ihrer Frage möchte ich Sie darauf hinweisen, dass ich einen sehr detaillierten und informationsreichen Informationsbericht zur mittelfristigen Kulturentwicklung im Gemeinderat eingebracht habe, der natürlich auch die Leitlinie für all jene Maßnahmen beinhaltet, die Sie von mir jetzt gefordert haben. Wurde am 3.7.2008 im Gemeinderat meines Wissens und meiner Erinnerung nach sogar einstimmig beschlossen (*Applaus SPÖ*).

3) Entwicklung des Behindertenbudgets

GR. Mag. **Kowald** stellt an StRin. **Edlinger** folgende Frage:

GR. Mag. **Kowald**: Sehr geehrte Frau Stadträtin Edlinger Elke! Wohin geht es mit dem Behindertenbudget in Ihrem Ressort? Ihr Ressort findet große Beachtung und ist von enormer Wichtigkeit. Es ist auch ein Schlüsselressort in unserer Stadt, es ist aber so, dass Politik in diesem Bereich nachvollziehbar und auch verstehbar bleiben muss. Seitens des Landtages und vor allem seitens Ihrer Fraktion gibt es Ideen zu einer Novelle des Behindertengesetzes im Jahr 2011, das ist ein sehr schwaches Bekenntnis zu Einsparungen aus meiner Sicht und man wird diese Novelle, falls sie so kommt, wie geplant, intensiv hinterfragen müssen und schauen müssen, wo kommt das Geld hin? Allgemein ist zu sagen, dass die Gelder sehr stark in den

letzten Jahren für Senioren ausgegeben wurden im Behindertenbereich und dass das Geld nicht immer dort angekommen ist, wo es eigentlich hin muss. Die Kostenzuschussverordnung für allgemeine Hilfsmittel ist seit dem Mai oder Juni dieses Jahres in Kraft, das Datum habe ich jetzt vergessen, und führt zu Einsparungen in dem Bereich von bis zu 50 % oder teilweise auch 30 % herunter, wenn andere mitzahlen. In Ihrem Ressort haben sie noch eine Kann-Leistung, nämlich die Behindertentaxis. Behindertentaxi, das ist ein schwindliger Ausdruck, Behindertentaxi, zu 80 % werden die Kosten ausgegeben für Senioren, die nicht Menschen mit Behinderungen im Sinne des Behindertengesetzes sind und zu 20 % nur für Menschen mit Behinderungen. Auch da explodieren die Kosten und ich erkenne bei Ihnen überhaupt keine Tendenzen für die Zukunft, erstens Ziele, zweitens einen Rahmen, was wollen Sie umsetzen, welche Änderungen sehen Sie vor und auch keine Initiative in Richtung Landesgesetzgeber. Ich muss Ihnen aber sagen, wir sind nicht in Trieben, deswegen meine

F r a g e

an Sie: Wie hat sich das Budget für Menschen mit Behinderung seit dem Entstehen des Behindertengesetzes 2004 im Jahresvergleich prozentuell entwickelt und welche Kosten sind aufgegangen für Senioren? Danke (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Danke für Ihre Frage, weil es mir die Gelegenheit bietet, vielleicht ein paar Sachen Ihnen zu erklären und hier aufklärend zu wirken, möglicherweise haben Sie das eine oder andere verwechselt oder falsch zugeordnet. Ich versuche es ein bisschen auseinanderzuklauben. Einerseits sprechen Sie in Ihrer Einleitung vom BHG, vom Behindertenhilfegesetz, geben an, dass Sie befürchten, dass 2011 meine Fraktion hier zu Ungunsten von Menschen mit Behinderung hier einsparen könnte, andererseits sagen Sie selbst, Sie sehen zu wenig, ein zu schwaches Bekenntnis zu nötigen Einsparungen; da würde ich Sie einfach bitten, dass Sie mir jetzt genauer erklären, was jetzt Ihre Befürchtung ist, dass zu wenig eingespart wird oder dass zuviel eingespart ist, damit man einfach wirklich wissen, über was wir jetzt diskutieren sollen, wäre ich Ihnen sehr dankbar,

wenn Sie das aufklären. Zur Aktion Taxifahrten für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen bitte ich Sie zu realisieren, dass das keine Leistung nach dem BHG ist, auch keine Kann-Leistung, sondern eine rein freiwillige Leistung und dass dies eine Aktion ist, die einfach für jene Menschen zur Verfügung steht, denen nicht zumutbar ist, mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zu fahren, diese Personen bekommen sechs Fahrten bezuschusst pro Monat, Sie kennen ja das System an sich. Insofern halte ich überhaupt nichts davon jetzt, Senioren und Seniorinnen auszuspielen als eine Personengruppe gegen die Gruppe der Menschen mit Behinderung, weil es ist auch nie davon ausgegangen (*Applaus SPÖ*), dass das eine Aktion ist, die generell Menschen mit Behinderung zur Verfügung steht und zusätzlich halt Senioren, sondern die einzige Voraussetzung ist die, dass die Nutzung eines ÖVs nicht zumutbar ist und da ist meiner Meinung nach egal, ob die Behinderung von Geburt an gegeben ist, also diese Nichtzumutbarkeit der Nutzung eines ÖVs, ob das im Laufe eines Erwerbsarbeitslebens zu dieser Behinderung gekommen ist oder ob es eine altersbedingte Behinderung ist. Die Grundvoraussetzung ist einfach die, dass die betreffende Person nicht in der Lage ist, selbständig ein öffentliches Verkehrsmittel zu benützen. Wir haben, das wissen Sie auch, am 28. Oktober eine gemeinsame Sitzung mit dem Seniorenbeirat, mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung, also behindertenpolitischen Beirat, und den Mitgliedern des Sozialausschusses, damit wir gemeinsam darüber diskutieren, wie könnte eine Neugestaltung dieser Taxiaktion grundsätzlich ausschauen. Mir ist das einfach ein Anliegen, wenn wir solche Beiräte haben, dass wir die auch miteinbeziehen, diese auch hören und deren Meinung auch mitberücksichtigen, wenn es hier um eine Neugestaltung der Ausrichtung dieser Taxiaktion geht. Zur Ihrer Frage im engeren Sinn, was die Ausgaben im Behindertenhilfebereich anlangt, da möchte ich vorweg auch noch ein Missverständnis aufklären, Sie haben davon gesprochen, dass Geld größtenteils für Senioren ausgegeben wurde, dem ist nicht so. Im BHG-Bereich, das ist ja genau auch immer der Kritikpunkt, dass altersbedingte Behinderungen nicht nach dem BHG abgegolten werden, das ist ja der große Wunsch der Selbstorganisationsvereine und der Träger, dass hier eine Änderung vorgenommen werden soll. Sie haben die Frage gestellt, wie sich das Budget entwickelt hat, ich darf Ihnen gegenüberstellen einfach die Zahlen Bruttoausgaben Rechnungsabschluss 2004, damals hatten wir im Bereich der Behindertenbeihilfe brutto, wie gesagt, fast 24 Millionen Euro, im heurigen Voranschlag liegen wir im

Bereich der Behindertenhilfe bei den Bruttoausgaben bei 45 Millionen, das sind eine Zunahme im Behindertenhilfebereich von rund 90 %. Im Zuschussbedarf haben wir eine Entwicklung von 2004 von neun Millionen auf Voranschlag 2009 rund 17 Millionen Euro (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit sich vielleicht alle Stadtregierungskollegen auch leichter tun, ich habe heute mit dem Herrn Mag. Schmalenberg ausgemacht, dass er seine Stoppuhr auf die linke Seite legt, dann wissen wir, dass die Zeit vorbei ist, also ein kleines Signal, an das man sich auch ein bisschen halten kann, weil es ist schwer, wenn man spricht.

GR. Mag. **Kowald**: Frau Stadträtin, Sie haben aufgezeigt, dass um 90 % sind die Ausgaben in diesem Bereich teurer geworden, ich habe auch am Anfang gesagt, das Gesetz ist novellierungsbedürftig, man muss nur einmal schauen, wo will man hin, wo will man eingrenzen und wo will man noch stärker helfen als bisher, und es ist dieser Trend nicht erkennbar und auch von Ihnen wird er nicht aufgezeigt. Bei den Behindertentaxis ist mir ganz, ganz klar, ich möchte nicht zu Ungunsten der Seniorinnen und Senioren einsparen, darum geht es nicht, aber die Senioren, die das Behindertentaxi beziehen, sind keine Behinderten im Sinne des Behindertengesetzes, sie haben weder einen Behindertenausweis und es reicht dabei ein ärztlicher Bericht in der Regel vom Hausarzt über Einschränkungen in der Bewegungsfähigkeit oder in der Motorik oder Knieprobleme und, und, und, und damit beziehen sie das Behindertentaxi. Es muss so sein, dass die Menschen mit Behinderung als Grundvoraussetzung erstens eine Behinderung haben und zweitens müssen auch finanzielle Grundlagen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) eine Rolle spielen, das ist mir sehr wichtig und ich ersuche Sie stärker aufzuzeigen, in welche Richtung möchten Sie weiter Ihre Arbeit fortsetzen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das war aber keine Frage, aber, Frau Stadträtin haben Sie noch eine Antwort auf die nicht gestellte Frage?

StRin. **Edlinger**: Eine Antwort auf die nicht gestellte Frage. Herr Gemeinderat, ich darf Sie vielleicht informieren, nachdem von der ÖVP-Fraktion bei der letzten Städtebund-Hauptausschusssitzung niemand dabei war, jetzt habt ihr natürlich die Informationen nicht, aber ich gebe Sie euch gerne. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass wir in Kooperation Sozialhilfeverbände aus der ganzen Steiermark gemeinsam mit dem Land eine KDZ-Studie in Auftrag geben, die steht kurz vor der Fertigstellung und analysiert sehr kritisch und sehr breit den gesamten Leistungskatalog und vor allem die Normkosten, die im Rahmen des Behindertenhilfegesetzes bezahlt werden. Ich gehe davon aus, dass wir anhand dieser Analyse einfach eine sehr gute Argumentationsgrundlage haben in den Verhandlungen mit dem Land, wo sich das BHG weiterentwickeln muss, weil es eben darum geht, an den richtigen Schrauben zu drehen und nicht zu Lasten der Menschen mit Behinderung einfach einzusparen, sondern zu schauen, ok, wo sind die Normkosten so, dass sie adaptiert gehören. Da wurde eben bei der letzten Hauptausschusssitzung des Städtebundes der Zwischenbericht über diese Studie erbracht, eine zweite Studie, das darf ich vielleicht auch gleich als Zusatzinfo anführen, läuft und ist kurz vor der Fertigstellung zum Thema Normkostenmodell Pflegeheime. Auch hier wurde der Zwischenbericht im Hauptausschuss geliefert, aber nachdem eben, wie gesagt, eure Vertreter leider nicht Zeit hatten, ich bin gerne bereit, dass ich euch sonst diese Zwischenunterlage einmal zur Verfügung stelle, weil dann wisst ihr auch, wovon ihr auszugehen habt und müsst hier nicht in Unkenntnis agieren (*Applaus SPÖ*).

4) ÖBB-Gasumladestation

GR. **Eichberger** stellt an StRin. Mag.^a **Grabner** folgende Frage:

Zwischenruf unverständlich,

GR. **Eichberger:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich lese nicht nur vor einer Gemeinderatssitzung die Zeitung, sondern immer. Da siehst du, wie SPÖ-Mandatare aktuell sind. Habe die Frage schon vor den Zeitungsartikeln eingebracht, aber Spaß beiseite, weil diese Sache, um die es mir und uns, glaube ich, insgesamt geht, ist nicht unbedingt zum Spaß und vor allem tausende Grazerinnen und Grazer finden das nicht mehr zum Lachen und können sich darüber lustig machen. Ich bin sehr dankbar, dass dieses Thema der möglichen geplanten ÖBB-Gasumladestation auch heute einen entsprechenden Raum und Rahmen in den Tageszeitungen gefunden hat, bin auch dankbar, dass sich der Bezirksrat Jakomini in seiner dieswöchigen Sitzung auch wieder mit diesem Thema beschäftigt hat und wenn heute der Herr Ing. Pölzl auch in unserem Raum hier sitzt und der heute auch erwähnt wurde, dass es immerhin möglicherweise, wenn es zu diesem Worst Case kommen sollte, es möglicherweise bis zu 600 Tote zu beklagen gibt, dann glaube ich, hat es hier schon Platz, Notwendigkeit und vor allem, glaube ich auch, Anspruch auf entsprechende respektvolle Behandlung dieser Frage beziehungsweise wie geht man mit dem Problemfeld um, und aus diesem Grund, und ich glaube, ich brauche nicht allzu weit auszuholen, was die Beweggründe auch meiner Frage sind beziehungsweise der Grund und die Ursache, warum wir uns so lange und so intensiv schon hier beschäftigen, und ich stehe ja nicht zum ersten Mal und viele Kolleginnen und Kollegen auch hier am Rednerpult und diskutiere das Thema ÖBB-Gasumladestation. Und es scheint nun in eine entscheidende Phase gekommen zu sein, wo in bälde es hier zu Entscheidungen kommt. Wir alle, glaube ich, hoffen und rechnen damit, dass der Bescheid des Amts der Steiermärkischen Landesregierung negativ ausfällt, das heißt, dass die ÖBB keine Betriebsstättengenehmigung bekommt. Aber für den Fall und auch für den Fall und ich glaube, wir können uns auch mögliche Polemiken gegenüber mir in Richtung Wien oder Ministerin, die hier Gesetzesänderungen hier plant, vorhat oder die zumindest kolportiert wird, ersparen, es geht letztendlich wirklich darum, dass wir hier Möglichkeiten suchen, finden und das ist auch der Gegenstand meiner diesbezüglichen

F r a g e

an die zuständige Stadträtin Mag.^a Grabner in Ihrer Funktion als Referentin für Feuerwehr und Katastrophenschutz: Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen oder haben Sie schon mit Ihren Expertinnen und Experten der Grazer Feuerwehr hier getroffen, die ja von Beginn an dabei war, die nach wie vor erfreulicherweise sehr skeptisch diesem Projekt gegenüberstehen, heißt im Klartext, wir würden gerne wissen, wenn der Fall eintritt, dass es zu einer Betriebsgenehmigung kommt, was haben Sie bereits vor, geplant oder beabsichtigen Sie zu tun (*Applaus SPÖ*)?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich danke Ihnen auch für die Stellung dieser Frage, denn es ist, wie uns allen bekannt ist, hat sowohl die Stadt Graz als auch das Land Steiermark alles unternommen, damit diese, oder schon alles unternommen, damit diese ÖBB-Gasumladestation nicht in bebauten Gebiet innerhalb der Stadtgrenzen kommt. Gerne sage ich auch einmal kurz die Fakten, denn es ist wirklich nicht unter den Tisch zu kehren, es geht um rund 16.000 Menschen, die in diesem Gefahrengebiet leben, und der Studie unserer Branddirektion zufolge ist bei der Katastrophe mit Flüssiggas, wie Sie schon sagten, zwischen 500 und 600 Menschenleben zu rechnen, das ist sehr, sehr tragisch. Es gibt zweierlei Dinge, die in Vorbereitung sind; und zwar auf der einen Seite unterstützt die Feuerwehr schon die Baumaßnahmen oder den Bau hinsichtlich dieser Sicherheitsvorkehrungen und da darf ich Ihnen nun aufzählen: Es wird eine 3,5 Meter hohe Lärm- und Explosionsschutzwand zur Conrad-von-Hötzendorf-Straße mit einer Länge von 296 Meter geplant. Jedoch die Kesselwaggons haben eine Höhe von 4 Meter, sprich die Schutzwand muss noch höher werden und da sind wir auch dran und mit den Experten dran, dies abzuklären. Bei einem bis zu 200 Meter hohen Feuerball ist aber auch diese unwirksam, also auch schon sehr bedenklich. Die Empfehlung von den Absperrungen gegenüber der Gleisanlage und Ostbahnhof zur Verladefläche seien auch getan, elektrische Schranken bei der Einfahrt, die Videoüberwachung der Anlage an den Beleuchtungsmasten und auf Anraten der Stadt Graz beziehungsweise der Feuerwehr und der zuständigen Experten wurden auch schon Hydranten, also zusätzliche Hydranten, installiert, um etwaigen

Maßnahmen entgegenzutreten. Das Brandschutzkonzept, zur Unterstützung haben wir noch die Brandfrüherkennungseinrichtungen sowie auch nichtautomatische Brandmelder und Sprühluftleinrichtungen, Notaussysteme, Schnellschlusseinrichtungen, elektrische Tankvorrichtungen, Gaswarneinrichtungen und Brandfallsteuerung, Windrichtungsanzeiger, Vorgaben auch zum betrieblichen Brandschutz, es gibt Kennzeichen der Füllanlage und natürlich auch selbstverständlich einen internen Notfallsplan. Darüber hinaus sind auch noch die direkten Vorbereitungen der Feuerwehr der Stadt Graz. Jedoch zu beachten ist, wenn ein Brand, wenn eine Explosion kommen würde, in einem Katastrophenfall kommt es zwischen 10 und 30 Minuten, müsste es zur Reaktion kommen. Da bei einem Brand eines Flüssiggaskesselwaggons innerhalb von diesen 10 bis 30 Minuten mit Explosionen gerechnet werden muss und wenn ich jetzt weiter, und diese Informationen, die mir gegeben wurden von unseren Experten, muss die Feuerwehr auf bis zu 30, auch 60 Meter an die Brandstelle hin, das heißt, die Reichweite eines Wasserwerfers. Zuvor muss aber die Feuerwehr alarmiert werden und anrücken und wenn wir das alles zusammenzählen, scheint es wirklich schier unmöglich zu sein. Somit ist die Feuerwehr im Katastrophenfall mehr oder minder zur Untätigkeit verurteilt und das ist schon tragisch. Die Sicherheitsvorkehrungen jedoch sind getroffen worden, die Szenarienentwicklung der Feuerwehr, um die höchste Reaktionsgeschwindigkeit im Falle dieser Katastrophe auch sicherzustellen, die Schulungen werden laufend getätigt, die Schulungen der Kühlwagen für die Kesselwaggons, die Anwohnerwegweisung, das ist ja auch ganz, ganz wichtig, die Menschen rundherum, dass sie auch wissen, was sofort zu tun ist und auch wie sie dann ihre Wohnung verlassen sollen und ihr Haus verlassen sollen. Das ist jetzt nur eine Kleinigkeit, ich könnte Ihnen noch mehr Maßnahmen aufzählen, die wir getätigt haben, aber noch vorweg wie gesagt, die Stadt Graz und auch das Land Steiermark, wie Sie es schon angesprochen haben, ist nicht nur bemüht, wir kämpfen darum, dass das nicht in Graz bleibt und dass diese ÖBB-Ladestelle nicht genehmigt wird (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger:** Sehr geehrte Frau Stadträtin! Herzlichen Dank für Ihre Beantwortung, und ich war auf der einen Seite überzeugt, dass Sie beziehungsweise

die Grazer Berufsfeuerwehr hier nicht untätig ist, aber trotz alledem und daher möchte ich Ihnen danken, dass Sie hier nicht um den Brei herumgeredet haben, sondern tatsächlich die Dramatik dieser Anlage hier noch einmal sehr deutlich uns allen vor Augen geführt haben, aber da erhebt sich jetzt natürlich die Frage auf Grund auch Ihrer Argumentation, dass die besten Sicherheitsmaßnahmen, die besten Schulungen, die besten Alarmierungspläne letztendlich in der Sache zu spät sind oder nichts oder ganz, ganz wenig bringen. Und da möchte ich jetzt meine Zusatzfrage bei Ihrem letzten Satz anhängen, nämlich wo Sie gesagt haben, wir, die Stadt Graz, kämpfen weiter. Meine Frage jetzt konkret an Sie, wie schaut Ihr persönlicher Kampf als Katastrophenreferentin gegen die vor der Tür stehende oder befürchtete Installierung dieser Anlage aus?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Herr Gemeinderat, wie Sie wissen, bin ich nur „Feuerwehrreferentin“, unter Führungszeichen, und nicht für diese Katastrophe und auch persönlich würde ich sehr gerne viel dazu tun, aber es steht mir nicht zu, aber ich bin Feuerwehrreferentin und für den Katastrophenschutz zuständig. Was wir tun auf der einen Seite, auch die Landesrätin, unsere Frau Christina Edlinger-Ploder, würde auch sogar Geld in die Hand nehmen, um diese Gasumladestation in andere Gebiete zu geben, es gibt auch schon drei Vorschläge dazu, wurde aber noch nicht angehört. Des Weiteren, wenn ich mich jetzt beziehe auf Ihren ersten Einsatz, wo Sie auch sagen, dass die Frau Bundesminister Bures eigentlich dieses Dilemma jetzt mehr oder minder zu Tisch getragen hat, dann freue ich mich sehr, dass wir gemeinsam für das kämpfen und dass Sie auch mit Ihrer Fraktion, denn es geht ja auch von dieser aus, gemeinsam nach Wien oder Sie auch nach Wien hinaus fahren und gemeinsam für die Stadt Graz kämpfen, dass das nicht passieren wird und diese Bewilligung auch nicht zu uns kommt (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Brauchst eine Fahrkarte nach Wien?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also ich glaube, dass es eines der ernstesten Themen ist, dass wir alle gemeinsam der Meinung waren, es auch schon zum Ausdruck gebracht haben. Ich werde auch die heutige Diskussion wieder zum Anlass nehmen, um erneut ein Schreiben an die Bundesregierung zu richten, in einem verdichteten Stadtgebiet ist das unmöglich, was hier die ÖBB plant und vorhat und ich werde nochmals einen Brief namens des Gemeinderates schreiben und noch einmal mit Nachdruck alle auffordern, zur Verlegung dieser Gasstation was beizutragen und dass sie nicht eröffnet wird, weil nach einer solchen Explosion kann die Feuerwehr, wie gesagt, nur mehr weitere Schäden verursachen, aber es werden dann Personen und Sachschäden da sein, viele ums Leben kommen und das wissen wir von all unseren Experten.

5) Kunst von Frauen im öffentlichen Raum – Zustand der bestehenden Kunstwerke

GRin. Mag.^a **Grabe** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. Mag.^a **Grabe**: Grüß Gott, es ist eine Frage zum Thema Kunst von Frauen im öffentlichen Raum und Zustand der bestehenden Kunstwerke. Kunst von Frauen im öffentlichen Raum ist ja wie oft Leistungen und Werke von Frauen ziemlich unterrepräsentiert und es gibt halt auch in Graz nur wenige Kunstwerke von Frauen, die durch öffentliche Präsentation entsprechende Aufmerksamkeit bekommen. Umso bedauerlicher ist auch, dass zusätzlich noch der Zustand von einigen dieser Kunstwerke mittlerweile so ist, dass die ursprüngliche Konzeption nur noch schwer erkennbar ist beziehungsweise dass einige dieser Kunstwerke, wie das Frauennotrufmahnmal von Veronika Dreier, sowieso aus verschiedenen Gründen weggeräumt worden sind. Daher meine

Frage:

Welche Kunstwerke von Frauen im öffentlichen Raum gibt es derzeit in der Stadt Graz, also zumindest diejenigen, die die Stadt initiiert oder unterstützt hat und wie ist ihr Zustand, also inwieweit erhalten sie durch regelmäßige Wartung, Informationstafeln usw. auch entsprechende Aufwertung?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Danke Ihnen, Frau Gemeinderätin für die Frage und möchte sie wie folgt beantworten: Gerade in Verbindung zum Steirischen Herbst und zum Projekt Utopie und Monument 1 besteht erneute Aktualität und dankenswerte Aufmerksamkeit für das von Ihnen angesprochene Themenfeld. Kulturressort und Kulturamt sind sich bewusst, wie schwierig die Situation gerade für Künstlerinnen und in dem Zusammenhang vor allem für Bildhauerinnen im öffentlichen Raum ist und ich habe daher ein besonders Augenmerk darauf gerichtet, dass bei zukünftigen Entwicklungen auf die Künstlerinnen, die wir in Graz hier dankenswerter- und erfreulicherweise von aller höchster Qualität haben, besonders geachtet wird. In diversen Bewerben sollte daher Frauenpräsenz mehr Gewicht bekommen und aus meiner Sicht ist in dem Zusammenhang auf Ausgewogenheit in jedem Zusammenhang besonders zu achten. Mein Zugang ist, dass vor allem über eine ausgewogene Jurybesetzung, es sind ja keine politischen Alleingänge, sondern wir haben ja in diesen Bereichen auch für den öffentlichen Raum Jurys, die die Qualität und die Art und Weise der künstlerischen Entwicklung darstellen und beobachten und auch verantworten sollen, eingerichtet. Und diese Jurys sind eben in meinem Interesse und auf meine Initiative ausgewogen, auch was die Geschlechterquote angeht, zu besetzen. Das gilt aber dann auch für andere Bereiche, wie Wirtschaft, Straßen, Stadtbau, Stadtentwicklung, Tourismus, die aus meiner Sicht in dem Zusammenhang in die Pflicht genommen werden sollten, so ähnlich, wie das im Kulturamt bereits der Fall ist. Mit den vorhandenen außerordentlich begrenzten Ressourcen bemüht sich das Kulturamt auch in den vergangenen Jahren und in der Zeit vor meiner Verantwortung, der Kunst im öffentlichen Raum grundsätzlich eine große Beachtung zu widmen. Besonders im Kontext mit dem Kulturhauptstadtjahr 2003 wurden Schwerpunkte gesetzt, sofern es die finanziellen als auch die personellen Ressourcen zulassen, den im öffentlichen Raum geschaffenen künstlerischen Projekten, wobei international tätige Künstlerinnen dabei eine

besondere Rolle spielen, Beachtung, Wertschätzung und öffentliche Reflexion zu schenken. Mit dem Projekt Offside Graz unter der Herausgeberschaft von Univ.-Doz. Dr. Werner Fenz, er war für dieses Projekt auch im Kulturhauptstadtjahr bis zur Publikation des gleichnamigen Buches 2005 dem Grazer Kulturamt zugeordnet, wurde unter dem damaligen Kulturreferenten, meinem Kollegen Stadtrat Dr. Christian Buchmann, eine wesentliche Dokumentation geschaffen, die Kunst im öffentlichen Raum seit 1945 erstmals entsprechend zusammenfasst. Buch und Präsentation, die zu allererst über den Kulturserver der Stadt Graz zu erreichen unter www.kultur.graz.at der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, konnten zumindest im Web in einem eigenen Beschäftigungsprojekt nochmals für zwei Jahre aktualisiert werden. Ich gehe jetzt nicht davon aus, dass Sie von mir erwarten, dass ich alle entsprechenden Projekte aufzählen würde, aber dazu in der Lage bin, wenn Sie es wollen, daher warte ich Ihre Zusatzfrage ab (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a **Grabe**: Also die Aufzählung hier wäre wünschenswert, wenn Sie die Redezeit dann überschreiten würde, aber Sie können mir das vielleicht ja jenseits der Geschäftsordnung einmal schriftlich zukommen lassen. Die Zusatzfrage ist, was jetzt konkret in Ihrem Bereich und auch innerhalb der vorhandenen Budgetmittel möglich ist, um die bestehenden Kunstwerke, zum Beispiel wieder in einen besseren Zustand zu bringen oder auch um eine Erweiterung von Kunstwerken anzustreben?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also, jetzt könnte ich wirklich mit einem Wort antworten, wenig, wenn Sie meinen im Rahmen der bestehenden und vorliegenden Budgetmittel. Ich bin dem Finanzreferenten zu eingeschränktem Dank verpflichtet, dass er die 15%-Sperrung bei der Denkmalpflege aufgehoben hat, eingeschränkt deshalb, weil es natürlich auch in anderen Bereichen notwendig wäre, aber da haben wir für diese auch gesetzliche Verpflichtung. Verständnis beim Finanzreferenten erzeugen können. Sehr gerne übermittle ich Ihnen die Liste der Künstlerinnen und Künstler, vor allem Künstlerinnen natürlich, die für Kunst im öffentlichen Raum Werke geschaffen haben. Ich möchte Ihnen aber doch auch noch ein Problem ans Herz

legen, nämlich dass die vom Gemeinderat der Stadt Graz geforderte und geförderte Einrichtung von Kunst am Bau leider dazu geführt hat, dass man zwar zuerst großartig von Kunst am Bau im zuständigen Ressort gesprochen hat, aber dann sehr, sehr schnell dazu übergegangen ist, die damit im Zusammenhang stehenden Kunstwerke ins Kulturressort, in die Verantwortung des Kulturressorts abzuschieben und damit auch in die Finanzverantwortung des Kulturressorts, das überfordert uns. Ein Beispiel war zum Beispiel am Lendplatz die über politische Weisung errichtete Stele der Melitta Moschik, weil ursprünglich ein anderes Kunstwerk ausgewählt war und ich schätze die Künstlerin Melitta Moschik tatsächlich über alle Maßen, aber mit dem von ihr geplanten Kunstwerk sind tatsächlich dann unglaublich hohe Kosten entstanden durch die Nachprogrammierung der Stele und auch weil sie Anlass für mehrere oder zumindest einen schweren Verkehrsunfall war. Im Rahmen dessen, was uns möglich ist mit den vorhandenen Budgetmitteln, versuchen wir natürlich die vorhandenen Kunstwerke so gut es geht zu erhalten, wir haben erst vor kurzem wieder besonders unappetitliche Nazi-Schmiererein im Stadtpark gehabt, man kann sich vorstellen, das kostet unglaublich viel Geld, es werden die Figuren zum Teil auch tatsächlich beschädigt und es gibt auch noch ein Phänomen, das in Graz zum Glück noch nicht so weit gegangen ist, wie das in Wien der Fall ist, nämlich dass Buntmetalldiebe sich an unseren Bronzen und Metallkunstwerken vergreifen. All das muss aus dem knappen Budget bewältigt werden. Insgesamt haben wir 717 Einzelobjekte, und es ist mir sehr wichtig und ich darf die Gelegenheit zum Abschluss nutzen, auch Sie, Frau Gemeinderätin, zu ersuchen, falls Ihnen Beschädigungen, Devastierungen oder Ähnliches auffallen, das mir oder dem Kulturamt mitzuteilen, wir werden uns dann umgehend darum bemühen, die Kunstwerke so wieder herzustellen, wie es ihnen gebührt. Eine ständige Einzelkontrolle dieser 717 Objekte ist aus nachvollziehbaren Personalgründen für uns nicht möglich (*Applaus SPÖ*).

6) Vermietung des Flughafenrestaurants an Betreiber eines Pyramidenspiels

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi! Bis vor kurzem konnten die Betreiber eines als Seminarangebot getarnten Pyramidenspieles die Räumlichkeiten des Grazer Flughafenrestaurants für ihre Zwecke nutzen. Aus dem Bericht der Kleinen Zeitung (Region Weststeiermark) vom 16. Oktober 2009 geht hervor, dass mehrere Interventionen bei den Stadtwerken und im Bürgermeisterbüro zuerst nichts bewirkten, nach der Ankündigung einer Anfrage im Gemeinderat aber vor wenigen Tagen mitgeteilt wurde, dass die Verträge mit der Schweizer Firma, welche von den Teilnehmern an diesem Pyramidenspiel 5.700 Euro verlangt, nun fristlos gekündigt wurden.

Es kann nicht sein, dass Räumlichkeiten, die im Eigentum der Stadt Graz stehen, auch wenn die Stadtwerke eine AG sind, für derartige dubiose Geschichten zur Verfügung gestellt werden. Schließlich ist zu befürchten, dass solche Glücksritter sich mit der Wahl des Ortes ihrer Geschäftemacherei den Anschein der Seriosität geben wollen. Deshalb ist anzuerkennen, dass von Seiten der Stadt gehandelt wurde.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, deshalb folgende

F r a g e :

Was werden Sie als Beteiligungsreferent unternehmen, damit die Vermietung von Einrichtungen des „Hauses Graz“ an dubiose Gesellschaften, die Pyramidenspiele betreiben, in Zukunft vermieden wird und somit der Ruf der Stadt Graz und der stadt eigenen Gesellschaften nicht beschädigt wird (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi:** Zunächst, Frau Gemeinderätin, volle Unterstützung auch von meiner Seite, dass das nicht sein kann, in den Räumlichkeiten von städtischen Einrichtungen Pyramidenspiele oder irgendwelche andere dubiosen Geschichten stattfinden können. Auch vielen Dank für den Hinweis, den Sie gemacht haben, dass es abgestellt wurde. Ich möchte Ihnen trotzdem ganz kurz, ich habe selbstverständlich auch die Flughafenbetriebsgesellschaft um eine Stellungnahme

gebeten und nachdem sie eingetroffen ist, möchte ich sie Ihnen nicht vorenthalten. Der Geschäftsführer Mag. Wittmann schreibt: Auf Grund der Vielzahl von Mietern der Konferenzräume und des Restaurants am Flughafen Graz (annähernd 200 verschiedene Mieter) ist es unmöglich, die Seriosität der jeweiligen Geschäftstätigkeiten der Mieter zu prüfen. Den von Frau Klubobfrau Bergmann dargestellten Fall, Pyramidenspiel am Flughafen, haben wir laufend genauestens beobachtet und nach Bekanntwerden der dubiosen Tätigkeit der beiden Unternehmen, das ist die Firma Agatos und Butterfly mit unserer rechtsfreundlichen Vertretung sofort sämtliche Maßnahmen eingeleitet und in der vergangenen Woche auch die fristlose Kündigung der oben genannten Mieter ausgesprochen. Seit Mitte vergangener Woche finden daher keine Veranstaltungen der oben genannten Mieter in den Räumlichkeiten der Flughafen Graz BetriebsgmbH statt. Weiters weisen wir darauf hin, dass für solche Fälle die Flughafen Graz BetriebsgmbH auf die geltenden allgemeinen Bedingungen zur Vermietung von Konferenzräumen am Flughafen Graz hinweist, in denen sich die Flughafen Graz BetriebsgmbH vorbehält, zum Beispiel Rufschädigung des Flughafens Graz oder Veranstaltungen, die wider die guten Sitten verstoßen usw. unverzüglich vom Vertrag zurücktreten. Das heißt, die Flughafenbetriebsgesellschaft hat an und für sich in ihren eigenen Richtlinien vorgesorgt, dass so etwas nicht stattfinden darf. Die Begründung oder die Erklärung, die bei der Stellungnahme kommt, ist eben, dass sie offensichtlich relativ spät das bemerkt haben, ob man das früher hätte bemerken hätte können oder nicht, weiß ich nicht. Zu Ihrer konkreten Frage, ich werde, nachdem diese Bestimmung aus meiner Sicht in Ordnung ist (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), allen Beteiligungen, also unmittelbaren Töchtern der Stadt Graz als auch GmbH soweit sie über Räumlichkeiten für Vermietung haben, einen Brief schreiben, in dem ich sie eben auffordere und bitte, dass sie diese Bestimmungen auch für ihre Vermietungen, die sie machen, zugrunde legen.

7) Evaluierung Ausnutzung von Nachtbussen

GR. Ing. **Lohr** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Ing. **Lohr**: Hoher Gemeinderat, liebe Gäste, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Zahlreiche Busse im Grazer Stadtgebiet der Grazer Verkehrsbetriebe sind in den Nachtstunden mit einer geringen Anzahl an Fahrgästen unterwegs. Es stellt sich daher die Frage, ob für die Nachtbuslinien nicht kleinere Transporteinheiten ausreichend wären. Zuvor müsste allerdings die tatsächliche Auslastung sämtlicher Nachtbusse der GVB in Graz erhoben werden. Ich stelle daher namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Rucker, nachstehende

Frage:

Sind Sie bereit, mit den Grazer Verkehrsbetrieben in Verhandlungen zu treten und auf die Notwendigkeit einer Evaluierung der Auslastung sämtlicher Nachtbuslinien im Grazer Stadtgebiet hinzuweisen?

Bgm.-Stvin. **Rucker**: Danke für die Anfrage. Ich werde Ihnen zwei unterschiedliche Antworten geben, weil mir aus der Anfrage nicht ganz klar hervorgeht, ob es um das Nachtbussystem geht oder um die in den Nachtzeiten fahrenden Linien. Sie kriegen auf beides eine Antwort. Ich habe keinen Bedarf, die GVB dazu aufzufordern, das zu evaluieren, weil es laufend evaluiert wird und ich kann Ihnen einiges dazu berichten. Reden wir zuerst von den Nachtbussen, da sind die Nightlines der GVB an den Wochenenden gemeint. Die werden von den Grazer Verkehrsbetrieben laufend evaluiert. Erfreulicherweise sind die Fahrgastzahlen seit der Einführung im Jahr 2003 stetig steigend, sodass nicht nur der Einsatz großer Busse notwendig ist, sondern in den letzten Jahren teilweise sogar auf 15-Meter-Busse umgestellt werden musste. Konkret bedeutet das, dass wir pro Nacht, in der die Busse im Einsatz sind, durchschnittlich rund 1200 Fahrgäste befördern. Pro Bus sind im Durchschnitt 30 Fahrgäste unterwegs, wobei in der Praxis manche Kurse, und wer das auch praktiziert, ich bin schon öfter in der Nacht vom Jakominiplatz losgefahren, dann fahren die Busse oft vollbesetzt los. Mittlerweile sind die Nachtbusse auch in den Umlandgemeinden unterwegs und können als echtes Erfolgsprojekt der Grazer Verkehrsbetriebe bezeichnet werden. Ich kann Ihnen die Zahlenverhältnisse noch

einmal kurz darstellen. Im Jahre 2003 waren 873 Fahrgäste an so einem Abend unterwegs. Im Jahr 2008 waren es über 1200 (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), auch heuer werden wir über 1200 kommen nach dem Zwischenstand. Wenn Sie aber jetzt eben den Abendverkehr der GVB meinen, so muss man bei der Auslastung der Linien zwischen Innenstadtbereich und Außenbezirke unterscheiden. Auf den Zentrumslinien sind große Busse auf alle Fälle notwendig, wir sehen es auch insgesamt am Fahrgastzuwachs im öffentlichen Verkehr und auch, ich habe mir das letzte Mal die Linie 85 angesehen, die wir erst seit zwei Monaten auch auf Abendbetrieb umgestellt haben, dass dort relativ schnell eine durchschnittliche Auslastung stattgefunden hat, die wir uns auch erhofft haben. In den Außenlinien befördern wir ab 20.00 Uhr im Schnitt zehn Fahrgäste je Fahrt, das stimmt, wir sind aber in diesem Zusammenhang trotzdem froh, dass es uns gelungen ist, in manchen Bereichen, und in manchen Bereichen ist es noch in Planung, am Abend einen Takt anzubieten, weil wir eben sehen, dass manche Bezirke, manche Stadtteile immer noch nach 20.00 Uhr unversorgt sind. Tatsächlich sind auch schon diese Überlegungen, die Sie herantragen wegen kleinerer Busse, öfter diskutiert und geprüft worden. Das wurde auch vergleichend berechnet. Die Anschaffungs- und Wartungskosten von neun Midibussen, momentan gibt es zwei Midibusse im Besitz der GVB, dass der interne Organisationsaufwand eines dann notwendigen Bustausches und die als Hauptkostenfaktor gleichbleibenden Personalkosten leider nicht in einem Verhältnis stehen zu den ganz minimalen Unterschieden in den Treibstoffkosten. Das Anliegen selber ist mir sehr klar und sehr bewusst, nachdem aber Planungen bei der GVB für die Zukunft sowieso über neues Bussystem da sind, weil irgendwann die immer wieder ausgetauscht werden, wir langsam im Alter fortschreiten, ist dieses Thema auch dort weiterhin virulent, nur jetzt in dieser Phase ist ein Austausch nicht möglich und wir hoffen, dass die Fahrgastzahlen weiter so ansteigen und wir gehen auch davon aus und auch in der Nacht ein Zuwachs und nicht ein Rückgang zu verzeichnen sein wird.

GR. Ing. **Lohr**: Also ich danke für die Antwort, im Bereich Nachtbuslinien habe ich das ja selber schon öfter festgestellt, die sind gut ausgelastet. In den anderen Bereichen ist mir eben einmal zugetragen worden, dass dort durchaus Busse mit

vier/fünf Leuten oft unterwegs sind und dem wollte ich nachgehen. Also bitte die Anregung, in Zukunft vielleicht auch bei Elektrobussen, wie es dann ja unter Ihrer Schirmherrschaft kommen wird, auch kleinere Einheiten zu bestellen. Meine Zusatzfrage würde auf die Linie 6 abzielen, da ist ja auch eine Evaluierung im Gange und da ist aber eher schon von vorneherein erkennbar, dass die Verlängerung doch nicht so toll ausgelastet ist, wie das in der Werbung immer uns präsentiert worden ist und ich frage Sie, gibt es da schon ein Zwischenergebnis beziehungsweise bis wann wird das vorliegen?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Es wird erhoben, bis wann es fertig ist, kann ich momentan nicht sagen, aber ganz so tragisch, wie es gerne dargestellt wird, entwickelt es sich nicht, was meine Zwischenkenntnis anbelangt. Aber ich kann Ihnen das gerne nachreichen. Zum heutigen Zeitpunkt kann ich keine genauen Daten liefern.

8) Hochwasserschutz im Bereich Straßgang/Webling

GR. Mag. **Haßler** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Die Hochwassergefahr ist hoffentlich für heuer in Graz gebannt, aber nichtsdestotrotz gilt schon Vorsorge zu treffen auch für das nächste Jahr und darauf bezieht sich jetzt meine Frage. Und zwar ist im Bereich Webling heuer bis zu fünfmal Hochwasser gewesen in den Kellern der dortigen Bewohner. Die Bewohner haben auch einen Kataster übermittelt, glaube ich, an die Ämter, wer genau betroffen ist, und die Ursache dieser Hochwasser war einerseits der Bründlbach und andererseits war es die Straße vor den Häusern, die im Laufe der Zeit einfach bei Sanierungsarbeiten hat sich dort das Niveau verschoben und dadurch sind die Probleme bei den Garagenabfahrten entstanden, die jetzt zu Überflutungen geführt haben. Für den Bründlbach gibt es jetzt hoffentlich eine Lösung, da haben wir ja im letzten Gemeinderat das

Hochwasserschutzpaket vorgestellt bekommen und die Rückhaltebecken dort sollten, wenn es nach Plan geht, ja im nächsten Jahr auch begonnen werden mit dem Bau. Für die straßenseitigen Hochwassergefahren hat es vor Ort zwar schon den einen oder anderen Ortsaugenschein gegeben, auch Begehungen, bei denen ich selbst dabei war. Konkrete Zusagen fehlen aber bis dato, und zwar habe ich mit den Anrainersprechern diese Woche noch Kontakt aufgenommen, die haben gesagt, dass es noch keine konkreten Aussagen gibt. Angeblich gibt es eine Kostenschätzung, dass ungefähr 50.000 Euro notwendig sein werden und dass die Entscheidung jetzt bei dir als zuständige Referentin liegt.

Daher meine

F r a g e :

Welche konkreten Maßnahmen sind seitens Ihrer Ämter geplant, um den straßenseitigen Hochwasserschutz im Bereich Webling zukünftig zu gewährleisten (*Applaus SPÖ*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Das stimmt, neben den anderen Stadtteilen ist eben auch das Gebiet rund um die Glesingerstraße/Trattfelderstraße/Simonygasse in Webling beim Starkregen sehr stark betroffen gewesen. Woraus die Überschwemmung resultiert, brauche ich hier nicht erläutern, es ist der Mischwasserkanal überfordert und kann das Wasser nicht mehr aufnehmen, und eben die Situation dort vor Ort in der Glesingerstraße wurde ja von unseren Wirtschaftsbetrieben sehr genau betrachtet, dass die Garagen tiefer liegen als die Straße und damit diese Überschwemmungssituation herrscht. Das brauchen wir hier nicht weiter ausführen, Sie kennen es und wir kennen es auch. Die Sorge und die Sorge vor den nächsten Hochwassern der Bewohner und Bewohnerinnen sind uns deswegen natürlich klar verständlich. Wenn aber allerdings die Frage heute in meine Zuständigkeit übergeben wurde, hat es die Geschichte, dass die Wirtschaftsbetriebe der einzige Teil der Stadt war, die da vor Ort waren und die einzigen Ansprechpartner waren, obwohl wir hier eine Koordinationsfragestellung haben. Es geht darum, dass im

Bereich des Regenwassermanagements in der Stadt Graz verschiedene Abteilungen betroffen sind, das sind vom Kanalbauamt über die Baudirektion bis hin eben zu den Wirtschaftsbetrieben, dass hier die Koordinationsfunktion in der Baudirektion ist, da haben erste Gespräche stattgefunden, die sind dringend fortzusetzen, da geht es um eine gemeinsame zu lösende Sache. Was vor Ort diskutiert wurde und was ein Mitarbeiter aus dem Straßenamt dort andiskutiert hat, war diese Erhöhung und Aufdoppelung der Gehsteige. Wenn wir das in jedem Straßenzug, wo das Thema ist, machen würden, würde das pro Straßenzug 70.000 Euro kosten, das können wir nicht darstellen. Es muss ein Maßnahmenpaket da sein, wo wir dann auch die Finanzierung dafür sicherstellen können, ich kann es derzeit nicht, zumal dann auch die weiteren Kosten an die Hauseigentümer zu übertragen wären und nicht gewährleistet ist, dass mit einem zwei Zentimeter höheren Gehsteig das Problem wirklich in den Griff zu bekommen ist, weil zwei Zentimeter unterschied, wenn eine starke Regenflut ist, kann heißen, dass zwar dann die Erwartung ist, jetzt ist ein Schutz da und jetzt ist der Schutz trotzdem nicht gegeben. Das heißt, die Sicherstellung, dass mit einer Zwei-Zentimeter-Aufdoppelung der Gehsteige das Wasser zurückgedrängt werden kann, ist eben auch nicht gegeben und es ist für die Liegenschaftseigentümer damit auch keine nachhaltige Wirkung sicherzustellen. Was für die betroffenen Menschen in diesem Bereich wirklich Abhilfe schaffen würde und meines Wissens eben auch bereits im Rahmen des Hochwasserschutzprogramms für die kommenden Jahre vorgesehen ist, ist ein entsprechendes Rückhaltebecken so wie die Vergrößerung des Kanalprofils. Über den Fortschritt, die dahingehend unterwegs sind, würde ich Sie aber auch bitten, bei den zuständigen Abteilungen da nachzufragen. Das heißt zusammenfassend zu beantworten die Frage, ob jetzt meine Ämter da mehr tun, wir haben aufgenommen, was der Tatbestand ist, haben das auch wieder an die zuständigen Kollegen/Kolleginnen herangetragen in den anderen Ämtern, wir machen momentan nichts, weil wir eben nicht sicherstellen können, erstens habe ich das Geld in den Wirtschaftsbetrieben nicht, weil es ist nicht der einzige Straßenzug, sondern da kommt es zu einer Folgewirkung, ich kann es nicht, wir haben das Geld nicht, wir müssen schauen, dass wir in der Koordination gemeinsam schauen, dass wir vorantreiben das mit dem Hochwasserrückhaltebecken beziehungsweise mit der Kanalausweitung, weil das wirklich die nachhaltigere Lösung ist, als zentimeterweise Gehsteige anzuheben.

GR. Mag. **Haßler**: Ich glaube, ich kann nicht akzeptieren, dass jetzt das Problem hin- und hergeschoben wird, ich kann auch nicht akzeptieren, dass da davon gesprochen wird, dass kein Geld vorhanden ist, weil wenn wir 120.000 Euro für Kommunikationsmaßnahmen vorsehen, wenn wir beim Messequadranten 3,5 Millionen für Radwege haben, dann müsste genug Geld vorhanden sein (*Applaus SPÖ*). Mir ist es wesentlich, dass da wirklich bis zum nächsten Sommer konkret was passiert, weil eines der Hauptprobleme geht von der Straße aus und deshalb meine Frage in dem Bereich, ob du bereit bist, da noch weiter dranzubleiben, die Koordination an dich zu ziehen und auch dafür zu sorgen, dass keine finanzielle Belastung für die Anrainer entsteht (*Applaus SPÖ*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wenn wir sicherstellen könnten, dass mit dieser Zwei-Zentimeter-Lösung überhaupt eine Lösung da wäre für die Anrainer, dann würde ich sagen, würde es Sinn machen, in diese Richtung zu gehen. Aber ich kann nicht so viel Geld in die Hand nehmen ohne dass wir gewährleisten können, dass sich damit diese Situation verbessert, das ist das Problem dabei und deswegen sind wir von Anfang an dabei gewesen in der Koordination von gemeinsam anzusetzenden Maßnahmen, das ist keine Hin- und Herschieberei. Aber unser Teil war der, dass wir halt zufällig diejenigen waren, die vor Ort waren und deswegen auch die Diskussion über die Wirtschaftsbetriebe stattgefunden hat, wir sind Umsetzer in solchen Zusammenhängen und sind auch in einer Koordination aktiv dabei und dass das Problem ernst zu nehmen ist, ist überhaupt keine Frage. Nur wenn man ihnen dann anbietet eine Lösung, die sehr viel Geld kostet und die wieder nichts bringt, dann ist es die Frage, ob das richtig eingesetztes Geld ist.